

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsres Postes
frei ins Land monatlich 0.40 Mark.
Bezahlungen nehmen die Aussteller
und für Auswärtige Reisekosten
entgegen. — Erstauflage 10.000.
Bemerkung: Anschlag Nr. 83.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. postbedient: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 204

Freitag, den 1. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Rechtsausschuss des sächsischen Landtages beschloß gestern, dem kürzlich stattgehabten Volksbegehrten auf Landtagssäuslung zu entsprechen und den Landtag sofort aufzulösen. Die entscheidende Landtagssitzung wurde auf den 14. September einberufen.

Frankreich und Belgien stimmten in der Reparationskommission gegen Gewährung eines Moratoriums an Deutschland. England stimmte dafür, Italien enthielt sich der Abstimmung.

Halbamtlich wird gemeldet: Der Reichskanzler wird die Geschäfte des Auswärtigen Amtes die mit der Gesamtleitung der Politik in engster Beziehung stehen, auch weiterhin führen.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorbörslich auf 1200.

Sofortige Auflösung des sächsischen Landtags.

Ein Beschluss des Rechtsausschusses.

Der Rechtsausschuss des sächsischen Landtages beriet gestern über das Volksbegehrten und über den sozialdemokratischen Antrag auf Änderung der Verfassungsbestimmungen über die Landtagssäuslung mit dem Ende einer befristeten Landtagssäuslung. Der Antrag des Berichterstatters Graf (Soz.) auf Verfassungsänderung wurde abgelehnt und zwar mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten. Dagegen wurde der Antrag des Mitberichterstatters Bünker (Dlt.) auf sofortige Auflösung des Landtages mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten gegen die Stimmen der beiden Regierungsparteien (Soz. und Unabh.) angenommen. Die nächste Landtagssitzung, in der nun endgültig über die Auflösung beschlossen werden wird, findet nicht, wie anfangs festgesetzt, am 6. September, sondern am 14. September statt.

Die Neuwahlen in Sachsen sind um einen wesentlichen Schritt nähergerückt worden, nachdem der Rechtsausschuss mit den bürgerlichen und den kommunistischen Stimmen den auf die Auflösung des Landtages gerichteten vollspartenlosen Antrag Bünker angenommen hat. Nach diesem Antrag findet die Auflösung sofort statt, also ohne die von sozialdemokratischer Seite befürwortete Verzögerung, durch die bewirkt werden sollte, daß der alte Landtag noch bis zum Zusammentritt des neuen weiter in Funktion geblieben wäre. Die Sozialdemokratie hätte dadurch erreicht, daß die beiden ihr besonders am Herzen liegenden Gesetzesvölker über die Gemeindereform und die Pflichten der Beamten gegen die Republik noch vor den Neuwahlen unter Tuch und Fack gebracht worden wären. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei wandte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag mit der Begründung, daß ein aufgelöster Landtag, der noch Gesetz beschließe, verfassungsmäßig etwas Unmögliches darstelle. Die Demokraten suchten diese auch von Ihnen erkannte verfassungsrechtliche Schwäche des sozialdemokratischen Antrages dadurch zu beseitigen, daß sie das Schwergewicht auf die Fortdauer der Wahlperiode legten und demgemäß zum Paragraph 9 der Verfassung die Anfügung der Klausel vorschlugen: Im Falle der Auflösung endet die Wahlperiode mit dem Tage der Neuwahlen. Ferner sollte der Landtag während der Zeit seiner künstlichen Lebensverlängerung nach dem demokratischen Antrage nur noch solche Ungelegenheiten erleben dürfen, deren Dringlichkeit von zwei Dritteln der gesetzlichen Abgeordnetenzahl anerkannt würde.

Der Rechtsausschuss hielt aber in seiner Mehrheit besondere Bestimmungen für die parlamentarische Zeit zwischen der Auflösung des alten und dem Zusammentritt des neuen Landtages nicht für erforderlich, sondern beschloß die sofortige Auflösung schlechthin. Am 14. September wird die Vollversammlung das letzte entscheidende Wort darüber zu sprechen haben, ob dem Antrage des Rechtsausschusses auf sofortige Auflösung stattgegeben oder das Ergebnis des Volksbegehrts abgewichen werden soll. Im bürgerlichen Lager wird man nun mehr mit dem ganzen Ernst, den die Lage erfordert, an die Vorbereitungen zum Wahlkampf, dessen baldiger Beginn nicht mehr zweifelhaft sein kann, herangehen müssen.

Der Niedergang der deutschen Volkswirtschaft.

Ein Aufsatz des Reichswirtschaftsrats zur Ertragssteigerung der Arbeit.

Der Wirtschaftspolitische und der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats haben in einer gemeinsamen Sitzung eine Entscheidung über.

die Ursachen und Folgen des Versalls

der deutschen Währung

und die zu seiner Bekämpfung anzuwendenden Mittel einstimmig angenommen. Die Einleitung der Resolution weist zunächst nochmals den Vorwurf zurück, Deutschland habe mit Absicht seine Währung in Verfall geraten lassen, um sich der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen zu entziehen. Die Resolution stellt fest, daß die Hauptursache des Zusammenbruchs der Markwährung die immer wieder erneute Verzögerung der zur Zahlungsfähigkeit Deutschlands nötigen angemessenen Regelung der Reparationsfrage ist. Sie beruft sich dabei auf die Beschlüsse der Genueser Konferenz über die Finanzfrage und auf die Darlegungen in dem Bericht der Pariser Bankkonferenz, wonit mit aller Eindeutigkeit ausgesprochen wird, daß die Stabilisierung der Währung ohne endgültige Regelung der Reparationszahlungen und den sonstigen Schulden unmöglich ist. Der Ausschuß erhebt, indem er betont, daß in ihm alle Kreise der deutschen Wirtschaft, Unternehmer und Arbeiter, vertreten sind, nachdrücklich und festerlich Einspruch gegen die Behauptung, die Markentwertung sei durch Maßnahmen der Regierung oder durch das Verhalten irgendeiner Wirtschaftsgruppe bewußt herbeigeführt worden. Die Resolution weist dann auf die verhängnisvollen Folgen fortwährenden Währungsbetralls auf die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk hin. Das Ende dieser Entwicklung wäre der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft sein. Voraussetzung für das Gelingen aller Maßnahmen zur Festigung des Markturses sei der

Ausschluß der Bezahlungen und die Anpassung der Sachleistungen an die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Zahlungsbilanz.

Die Hilfeleistung auf internationaler Grundlage müsse von Maßnahmen der deutschen Wirtschaftspolitik begleitet sein, die das Ziel verfolgen, höchste Kraftleistung des deutschen Volkes bei der Abwehr der ihm drohenden Gefahren zu erreichen. Entzugsgebot, Obrigkeitlichkeit aller Schichten der Bevölkerung ist die unerlässliche Voraussetzung. Im einzelnen stellt die Resolution für die inneren Maßnahmen der Währung und Wirtschaft erneuerungswirtschaftliche, handelspolitische, finanzielle und produktionstechnische Maßnahmen auf. Um Schlub heißt es:

Der Ausschuß hält es nicht für erforderlich, den Produktionsausfall auf einzelnen Gebieten der Wirtschaft zu beleuchten und Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, die hier Abhilfe bewirken sollen. Dieses Grundsäule, an dem die deutsche Wirtschaft steht, kann nur beseitigt werden, wenn in allen Bevölkerungsschichten die dringende Not der Gegenwart das Gefühl für die Pflicht erweckt, daß Heute aufzutun, um mit der Erhöhung des Ertrages der heimischen Arbeit die Voraussetzung für die Besserung der Verhältnisse zu schaffen. Kein Vorurteil und kein Profitinteresse, kein politischer und kein wirtschaftlicher Glaubenssatz dürfen uns höher stehen als die Notwendigkeit, durch erhöhte Arbeitsleistung Volk und Heimat vor dem Versinken in Elend, Unzufriedenheit und Verzweiflung zu retten. Der Ausschuß fordert alle Beteiligten auf, in dieser Hoffnung an die Lösung der Aufgabe, den Produktionsertrag der deutschen Wirtschaft zu erhöhen, heranzutreten.

Ein versöhnlicher Abschluß.

Der Reichskanzler Wirth hat am 20. August einen ersten öffentlichkeitswirksamen Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Graf von Bernstorff gerichtet, in dem er das Ergebnis der Berliner Plüschfragen noch einmal zusammenfaßt und präzisiert, gleichzeitig aber auch auf die schwere außenpolitische Lage hinweist, die die Geschlossenheit der ganzen Nation verlangt. Der Inhalt der zusammenfassenden Darlegungen des Kanzlerbriefes war schon vorher bekannt. Trotzdem ist die Veröffentlichung begrüßenswert, weil sie noch einmal einen dokumentarischen Beweis dafür liefert, mit welcher Behutsamkeit und mit welchem Entgegenkommen von den amtlichen Berliner Stellen die bayerischen Weichwörden behandelt worden sind. Diese Haltung ist umso nobilitierter, als die ehemaligen Rivalen sich in die Instanzen

Tage hinein ihre gehässige Politik gegen die Reichsregierung und die angeblich zu schwächliche bayerische Regierung Bernstorffs fortsetzen und den Heilungsprozeß der frischen Wunde mit allen Kräften zu verhindern suchen. Dieses in gegenwärtiger Zeit geradezu hochverrätherische Treiben muß nicht nur in Norddeutschland, sondern auch in allen bayerländischen Kreisen Bayerns selbst Abscheu und Entrüstung erregen. Wenn der Brief des Reichskanzlers auch nur einen Teil der verbürgten Heile zur Vernunft bringen sollte, hätte er, abgesehen von der notwendigen authentischen Auslegung und Fixierung der letzten Berliner Abmachungen, seinen Zweck erreicht.

In dem Schreiben des Reichskanzlers an Graf von Bernstorff heißt es u. a.: Der Wunsch nach Errichtung eines bayerischen Senats hat sich schon bei den früheren Verhandlungen als für die Reichsregierung unannehmbar herausgestellt. Jedoch wiederholte ich gern die Botsage, daß die Erneuerung der Mitglieder des für Südbayern bestimmen Senats nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen erfolgen und ihm drei bayerische Senator und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören werden. Die Möglichkeit, daß Sitze in dem Senat in einer Südbayerischen Stadt stattfinden, ist gegeben. Der Herr Reichspräsident hat für Fälle des Regenbundungsrechtes, in denen die Zuständigkeit des für Südbayern bestimmten Senats gegeben ist, eine Auskunftsnahme mit den betreffenden Landesregierungen in Aussicht gestellt. Es besteht kein Bedenken, einen bayerischen Senator nach der üblichen Ablösung mit der bayerischen Regierung zur Reichsministerialität für bayerische Sachen zu bestellen. Ganz Gebiete, insbesondere grundsätzlich aller Bergengebiete von der Erzabtei durch den Oberbergamt auszuschließen, würde dem State des Gesetzes zuwider laufen. Die gewünschten Punkte werden durch die Aburteilung durch den Staatsgerichtshof oder Überweisung an die Länder können schon durch Maßnahmen der bayerischen Regierung geschafft werden. Ich habe keine Bedenken, wenn die bayerischen Staatskanzleien von der bayerischen Regierung ausgewiesen werden, bei der Bearbeitung der Sachen sind gewißlich dem Oberstaatsanwalt darüber zu informieren, ob sich die Überweisung an die Landesbehörde empfiehlt, ohne daß jedoch durch dieses Verfahren eine Verzögerung entstehen darf. Diese Überweisungen werden vom Oberstaatsanwalt bei der Prüfung sachgemäß berücksichtigt.

Die Mörder in den Schreibstuben.

In der letzten Sitzung des Deutschen Katholikentages sprach der Kardinal und Erzbischof von Bamberg über die Friedensmacht der Kirche. Bemerkenswert war besonders, was der Kardinal über den inneren Frieden sagte.

Alle, führte er aus, die den Hass und bösartigen Egoismus verländern, tragen Holt für den neuen Weltbrand zusammen. Die Beziehungen der Völker können nicht friedlich sein, wenn in ihrem Innern der Bruderfeind herrscht. Der politische Mord ist ein abscheuliches Verbrechen. Das muß immer und immer wieder in die Welt hingeworfen werden; aber nicht bloß der politische Mord als Tat, sondern auch als Vorwurf, und der ist als Mörder nicht weniger schuldig, der die moralische Verantwortung trägt, wenn er gegen einzelne Persönlichkeiten eine so verhängende Sprache geführt hat, nach dem Bibelwort: Schlägt den Hirten, damit die anderen sich zerstreuen. Wenn nach solcher Verhängung endlich einer den Revolver zieht, dann brauchen wir keinen Staatsgerichtshof, um den Mörder zu suchen, dann — sitzt der Mörder in den Schreibstuben jener Zeitungen, die die Leidenschaften in persönlicher Hölle aufgeheizt haben.

Bemerkenswert war auch die Schärfe, mit der der Kardinal sich über den Völkerbund in seiner heutigen Gestalt aussprach. Der Völkerbund, wie er heute sei, bringe nicht den Weltfrieden, sondern den Weltfrieden ab. In die Katholiken Frankreichs richtete der Kardinal die Frage: Könnt Ihr es uns nicht nachweisen, wie sich unser katholisches Herz umdreht, wenn man gerade in unsere katholische Rheinprovinz Heiden und Mohammedane als Mörder schlägt? — Nach einer Schlussansprache des Präsidenten Dr. Adenauer wurde der Katholikentag geschlossen.

Der türkische Siegeszug.

Die Berichte vom türkisch-griechischen Kriegsblitzkrieg stimmen darin überein, daß die Türken unter Muhammed Ali einst vorzugsweise strategisch wichtige

